

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werthfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Die „Volksrecht“ erscheint Mittwochs abends Sonntag und in durch die Expedition, Neue Straßen 2/3, durch die Post und durch Telegraphen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50, pro Woche 20 Pf., Verlagsnummer Nr. 7547

Postvorschriften: Derzeit für die durchgehende Zeitung über den Raum 20 Pfennige, für Wochen- und Verlagsnummer 10 Pfennige. Inserate für die durchgehende Zeitung müssen bis Samstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Mittwoch, den 16. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Kampf gegen die Sozialdemokratie

laute das Schlagwort, das auf dem konservativen Parteitag die hauptsächlichste Rolle spielte. Und „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ soll auch die Parole der Herren im nächsten Wahlkampf lauten. Der Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“, Wehring, schreibt dazu: Wenn so praktische Geschäftsleute, wie die bieberen Vorkämpfer für Thron und Altar sind, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zur eigentlichen Wahlparole machen, so haben sie ihre besonderen Zwecke dabei. Dies Symptom stimmt vollständig zu den anderen Symptomen, die darauf hindeuten, daß die Wähler in den bevorstehenden Reichswahlen einmütig mit dem Sozialistenschreden ins Bodschorn gejagt werden sollen. Mit ihm nicht allein, aber doch in erster Reihe; der Sozialistenschreden soll escortirt werden, einerseits vom Colonialschreden, andererseits vom Marinschreden.

Seitdem das Deutsche Reich besteht, hat das allgemeine Wahlrecht neunmal seines Amtes gewaltet. In den ersten drei Malen, 1871, 1874 und 1877, wuchs es seinem Urheber so schnell über den Kopf, daß er und sein Nachfolger es die letzten sechs Male, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890 und 1893, nur unter dem Hochdruck gewaltthätiger Stimmungsmacherei anzuwenden gewagt haben. Viermal ist dabei der Schreden angewandt worden, 1878 der Socialistenschreden, 1884 der Colonialschreden, 1887 und 1893 der Militärschreden, zweimal aber der Sirenenfang, 1881 das „Patrimonium der Enderbten“ und 1890 die Februarverlässe. Es ist nun eine bemerkenswerthe Thatsache, daß die Regierung mit dem Schreden alle vier Male gut und mit dem Sirenenfang alle beide Male schlecht abgekommen hat. Ob sich der Bildungsstand dieser interessanten Berechnung auch gemacht hat oder nur aus dem unbewußten Triebe der Selbsterhaltung handelt, können wir natürlich nicht wissen; jedenfalls ist es von seinem Standpunkte aus keine ungeschickte Tactik, es einmal mit einem Mißgeschick der verschiedenen Sorten von Schreden zu versuchen und dabei dem Socialistenschreden den Vortritt einzuräumen, als dem jugkräftigsten von allen.

Wehring untersucht nun die Ursachen dieser Erscheinung. Die Arbeiterklasse scheidet dabei gänzlich aus. Sie hat sich niemals vom Schreden betäuben und niemals vom Sirenenfang behören lassen. Anders aber die Bourgeoisie. Bei den Schredenswahlen wurden die Liberalen und namentlich die Fortschrittler immer betäubend geschlagen, bei den Sirenenwahlen nahmen sie immer einen lebhaften Aufschwung. Das ist für die deutsche Bourgeoisie sehr wenig schmeichelhaft, aber es stimmt mit ihrer ganzen Geschichte seit dreißig Jahren. Sie ließ sich immer von der Reaction jagen, wie wenn der Wolf die Herde scheucht, aber sobald die Regierung auch nur die Miene machte, den Forderungen der Arbeiterklasse in etwas entgegenzukommen, nahm die deutsche Bourgeoisie die ganze Kraft zusammen, die Lust und auch den Schmerz, und trommelte wirklich so etwas wie eine ansehnliche Macht zusammen. Sie versteht nur noch unter dem Zeichen des gefährdeten Capitalprofiten zu siegen, und so thöricht der Bildungsstand mit seiner unternehmerfreundlichen und arbeitersindlichen Politik vom historischen Standpunkte aus handelt, so glücklich handelt er vom wahlgeschichtlichem Standpunkte aus. Er hat schon jetzt die bürgerlichen

Oppositionsparteien in der Tasche. Nicht nur das Centrum, auch der Freisinn schwimmt in den Gewässern der Flottenpolitik. Und was in der Bourgeoisie noch einen Rest von Maßstab hat, das behält sich doch das unversäuerliche Capitalistenrecht vor, bei den Stichwahlen gemeinsam mit dem reactionärsten Junkertum den Klassenbewußten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Das Jahr 1898, das nach mancher optimistischen Rechnung den Sieg des Proletariats sehen sollte, kann leicht einen Cartellreichtag sehen, der gemeingefährlicher ist, als sein Vorgänger von 1887 war. An das Coalitionsrecht ist schon jetzt die Art gelegt worden, und das allgemeine Wahlrecht würde dann in gleicher Gefahr schweben. Denn das System der Schredenswahlen nützt sich allmählich ab, und ein allgemeines Wahlrecht unter halbwegs normalen Umständen können die im deutschen Reiche herrschenden Klassen längst nicht mehr ertragen.

Für die Sozialdemokratie ergibt sich daraus die Aufgabe, den Wahlkampf mit äußerster Anstrengung zu führen. Für sie hat die Wahlpolitik der Regierung den ungeheueren Vortheil, daß sie ihr die härtesten Waffen, daß sie ihr die wirksamsten Mittel bietet, auch den trägsten Arbeiter auszurüsten. Und ohne Zweifel wird von diesen wirksamsten Mitteln der wirksamste Gebrauch gemacht werden. Gegenüber einer drohenden Entrechtung der Arbeiterklasse, die in der Form vielleicht milde, aber in der Sache noch einschneidender sein würde, als die Entrechtung durch das Socialistengesetz war, muß und wird jeder Arbeiter auf dem Posten sein, der auch nur einen Funken politischen Verständnisses besitzt.

Dann aber muß der proletarische Wahlkampf geführt werden, wie Lassalle einmal sagte, ohne nach rechts oder links zu sehen, den Blick nur auf das eine Ziel gerichtet, die Regierung und ihre Verbündeten möglichst kräftig zu treffen und auf möglichst vielen Punkten zu schlagen. Es giebt auch nicht eine bürgerliche Partei, auf die voller Verlaß wäre, wenn es zum ernsthaften Kampfe um das Coalitionsrecht und das allgemeine Stimmrecht käme. Die bürgerliche Opposition wird dafür eintreten, wie sie gegen das Socialistengesetz eingetreten ist: mit einigem Nachdruck, soweit etwa ihre eigenen Klasseninteressen dadurch gefährdet erscheinen, mit großen, aber leeren Worten, soweit es sich um die Interessen der Arbeiterklasse handelt, und im letzten Augenblick immer unzufällig, wenn es gilt, dem größten Princip auch nur den kleinsten Profit zu opfern.

Nichts auch kann der Sozialdemokratie für den bevorstehenden Wahlkampf gleichgültiger sein, als die Frage, ob die Colonialpolitik des Bildungscurse irgend eine historisch-berechtigte oder ökonomisch-nützliche oder für die Arbeiterklasse erträgliche Seite habe. Dem mag so oder nicht so sein: unter den gegebenen Umständen läuft die Colonialpolitik darauf hinaus, die deutsche Arbeiterklasse aufs Schwerste zu schädigen und deshalb muß sie in der denkbar besten Weise bekämpft werden. Auf jene möglichen oder nicht möglichen Speculationen einzugehen, hieße dem Wahlschreden schon den ersten Triübentrieb zahlen, und den ersten Schritt auf der schiefen Ebene thun, auf der die liberale Bourgeoisie in so erbarmungswürdige Zustände herabgeglitten ist.

Man kann sagen, daß die socialdemokratische Partei mit aller ihrer Kraft dennoch eine Cartellmehrheit aus dem künftigen Reichstag nicht unbedingt auszuschließen vermag. Das mag richtig sein, aber es beweist nichts in dem Sinne, in dem dieser Einwurf etwa gemacht werden könnte. Erreicht die Socialdemokratie als schrof und unverjöhnliche Oppositionspartei nicht alles, was sie will, so würde sie noch weit weniger, als sie auf diesem Wege vor sich bringen kann, durch irgend welche Zugeständnisse an die unterdrückenden Klassen erreichen. Gängt sie an, mehr auf ihre nächsten Schritte zu sehen, als auf ihr Ziel, so würde sie nicht mehr, wie bisher, mit der Docomotive, sondern etwa mit einer trägen Landkutsche vorwärts kommen. Die denn auch wohl einmal im Graben umwirft. Doch liegt kein Anlaß zu pessimistischen Aussichten vor.

Der conservative Parteitag ist ein Beweis mehr, daß der socialdemokratische Partei ein combinirter Angriff droht, wie in dem Wahlkampf vor zwanzig Jahren. Sie ist damals unterlegen, und hat dann in dem ersten Jahre des Socialistengesetzes versucht, durch kluge Zurückhaltung den Haß ihrer Feinde zu entzünden. Der Versuch mißlang vollständig, und nach wenigen Monaten mußte die Partei wieder zum rückwärtslosesten Angriff schreiten, der sie dann wieder von Sieg zu Sieg führte. Diese Tactik ist viel zu tief in den Lebensbedingungen des proletarischen Klassenkampfes begründet, als daß sie jemals herumgeworfen werden könnte. Sie wird sich in den Kämpfen der Zukunft bewähren, wie sie sich in den Kämpfen der Vergangenheit bewährt hat.

Anstiftung zum „Groben Unfug“ — das ist die jüngste Knospe am blüthenreichen Baume deutscher Jurisprudenz. In Schwepnitz und Umgegend wurden vor einiger Zeit die bekannten, vom sächsischen socialdemokratischen Centralcomitee herausgegebenen „Kalender für das werthfähige Volk Sachsens“ gratis vertheilt. Dadurch sollen einige Vertheiler „Groben Unfug“ verübt haben. Wie diese Beschuldigung dieses Mal begründet werden soll, ob durch den Inhalt oder nur die besondere Art der Vertheilung, konnten wir noch nicht erfahren. Aber etwas Funkelnagelneues auf diesem Gebiet haben wir dabei erfahren: Der Verleger des Kalenders, Genosse Eichhorn, wird beschuldigt, die vermeintlichen Sünder angeklagt zu haben!

Was für eine prachtvolle Perspektive eröffnet die Entdeckung für feinsinnige Politisten und Staatsanwälte! Zu jedem „Groben Unfug“ ist doch sicher ein Anstifter zu finden. Nehmen wir uns einmal die unpolitischen Fälle, die der Gesetzgeber seiner Zeit allein im Auge hatte: Da ist ein Betrunkener, der Scandal macht und damit Groben Unfug! Wäre er nicht betrunken, würde er es nicht thun, daß er trunken ist, daran trägt die Schuld der Destillateur, der ihm zu viel Schnaps verkaufte — folgerichtig muß der als Anstifter bestraft werden u. s. w. Und erst auf dem neudeutsch-politischen Anwendungsgebiete des „Groben Unfugparagraphe“. Kein Socialdemokrat könnte durch Flugblätter oder Provenummern socialdemokratischer Zeitungen Unfug verüben, wenn die Vertheilung nicht beschloss, die Schriften nicht gedruckt und verstanden worden wären! „Anstifter“ giebt's hier in Hülle und Fülle, man braucht nur zuzugreifen. Nun wir werden bald sehen, wie sich die Knospe entwickelt; bei der heißen Wahltemperatur ist allerdings Gefahr, daß sie sich zur Pfirsichrose auswächst.

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von H. E. Brachvogel.

141

(Nachdruck verboten.)

Nicht nur zeigte seine Haltung eine stolze Gesamtheit, er nannte auch die Gemahlin Louis' (der, ob sie schon nur Gräfin war, der Titel Durchlaucht gebührte), „Gnädigste Frau“ und verweigerte der Prinzessin Friedrich den Titel Hoheit, welchen sie bei Hofe als Tochter des Hans Brandenburg-Schwedt beanspruchen konnte, während er von Franziska immer als der „Durchlauchtigsten herzoglichen Frau“ rebete. Zugleich gab er mit diplomatischem Lächeln zu verstehen, daß von dem willigen Nachgeben der Prinzen allein der gute Ausgang der Conferenz abhängen werde. War dies Benehmen Karln gegenüber nur eine voreilig ungeschickte Dienstbeflissenheit, so erschien es den Prinzen als Brackheit, hinter der sie nur das Allerhöchste fürchten mußten.

Montmartin wurde von ihnen mit eifriger Kalt abgewiesen; er eilte voraus nach der Solitude, Sereuissimo auf die äußerste Rentienz seiner Herren Bruder vorzubereiten. Franziska sagte dazu kein Wort, obwohl sie sich durch Röber bereits informiert hatte.

In sehr bitterer Stimmung und auf eine heftige Familienscene gefaßt, begaben sich Louis und Friedrich nach der Solitude. Beide Parteien fühlten sich in ihren Frauen gekränkt und waren somit schwer geneigt, sich zu vergleichen. Man stellte sich von vornherein auf den ceremoniellen Standpunkt, um unter Reservationen des Kampfs zu beginnen.

Bei Franziska und dem Herzoge waren Röber, Barnhäbler, Gemmingen, Seeger, Puttbus, Bernedbin, Scheller, Montmartin und Hügel versammelt. Karl war finsterner, Schroffer als sonst, Franziska innerlich erregt. Sie bezeugte sich möglich.

Als die prinzipalen Equipagen den Berg hinaufführen, gab Karl Röber einen Wink, die Herrschaften zu empfangen. „Rein, Karl, wenn Du mich wahrhaft liebst, laß uns den kalten Poston nicht anschlagen. Du bist gekränkt um meinerwillen, und Du hast Recht, denn was man liebt, will man geachtet sehen. Aber ich, die ich Dich genug liebe, um Scheelsucht und Argwohn übersehen zu können, habe nur ein Gefühl: die Brüder meines Karl kommen, und ich bin schuld, daß sie's erst heute thun. Ich werde sie empfangen!“

„Franziska!“
„In diesem Punkte ist Dein Fränzgel ganz Herzogin! Hinterher magst Du immer schmollen!“ — Ihre Finger ihm rasch aus der Rechten wendend, die sie lächelnd küste, warf sie auf den betretenen Montmartin einen scharfen Blick, eilte auf die Terasse, gefolgt von Röber, stieg, wie sie eben war, die Freitreppe hinab und trat, als die Wagen gravitätisch aufzuhören, heran.

„Der schuldige Theil“, sagte sie bewegt und doch lächelnd, „muß wohl den ersten Schritt thun, Durchlauchtigste Prinzen! Dabei verliert nur das Ceremoniell, aber das Herz gewinnt. Lassen Sie sich recht herzlich von der — Hausfrau begrüßen!“

Die Besucher waren über diesen Empfang höchst verblüfft. Prinz Louis sprang zuerst aus dem Wagen.

„Allergnädigste Frau, Sie überraschen uns mit einem Freimuth, den wir nimmer hofft! Haben wir Alle dem geträumt?“

„O, lassen Sie es uns glauben, mein theuerster Erbsprinz, und nennt mich Alle nur, wie sonst: Fränzgel! — Ich, da ist meine liebe Hoheit auch wieder, die mir so viel Gnade und Guld erwies, als ich verlassen im Hotel Centrum saß, und die Durchlauchtigste Prinzess Louis auch!“

In Bestimmung und tiefem Schamgefühl verließen die

Herrschaften ihre Kutschen. Die Prinzessinnen umarmten Franziska, die Prinzen küßten ihre Hand.

„Kommen Sie, kommen Sie! Karl schmollt, aber er verhält sich nur, er liebt Euch ja doch herzlich! Wir wollen ihm schon den Kopf zurechtücken! Bitte, Erbprinz, Prinz Friedrich, Ihren Arm, ich will Euch feierlich einführen, Unsere Durchlaucht und die Hoheit muß schon auf eine Secunde mit Papa Röber vorlieb nehmen, er gehört ja fast zur Familie.“ — Langsam, zögernd und nach Haftung ringend, stiegen die verlegenen Prinzen die Rampe empor, indeß Karl Eugen, an's Fenster getreten, staunend niederblickte.

Aber ein Wort nur, theure Frau!“ brach Friedrich aus. „So liebenswürdig, ja — ehrlieh gesagt, überraschend für uns Ihr Empfang ist, — wie sollen wir das zusammenreimen? Sie geruhen meinen Bruder Louis Erbprinz zu nennen, unseren Gemahlinnen den legitimen Titel ihres Ranges beizulegen, fassen in zwei Worte die volle Anerkennung dessen, was zu verlieren unsere bisherige Sorge war, während Herr von Montmartin heut' Morgen sich nicht erblödete, den Titel Hoheit meiner Gemahlin zu entziehen, Prinzess Louis auf eine „Gnädigste Frau“ zu reducirern, aber Ihrer in ganz anderer Erhöhung zu gebeneden, die — Er brach ab.“

Franziska stieg das Blut in's Antlitz. „Erlauben Sie, daß ich Ihnen dafür Nebanche gebe. — Einen Augenblick!“ Sie ließ plötzlich die Prinzen los, schritt hastig voran und öffnete die Glasschür des Empfangsaales.

„Rein Durchlauchtigster Fürst und Herr!“ sie trat voll Energie ein. „Ich erblicke mit alle Zeichen Ihrer liebenden Gnade eine Privataudiens — und Gerechtigkeit!“

Karl Eugen wuchs und verstärkte sich. Er gab seiner Umgebung einen Wink. — Sie verließ den Saal.

„Was ist geschehen, was hat man gesagt, Dir zu bieten!“ murmelte er finstern durch die Zähne.

Der Bund der Landwirthe feierte am Montag im Circus Rusch das übliche Redefest. Es ging hoch her. Die Herren Agrarier fühlen sich von der Gunst der Regierung getragen. Herr von Blöß hielt eine triumphierende Rede. Zweifellos sein höchsten Kreisen ein Umarmung eingetreten, man sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch eine falsche Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft der Konkurrenz des Auslandes erliegen muß. Noch vor zwei Jahren nahm sich der Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein heraus, im preussischen Abgeordnetenhaus einen allgemeinen Nothstand der Landwirtschaft zu leugnen. Heute bekennen sich sämtliche Räte der Krone dazu, sich im Irrthum befunden zu haben, wie auch die neuliche Rede des Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhaus beweis. In ähnlichem Ton ging es weiter. Es wurde gegen die Socialdemokraten und die Freisinnigen gewettert und die alten agrarischen Forderungen wiederholt.

Nach Herrn von Blöß sprach der Bundesdirector Gahn, der in seinem Geschäftsberichte mittheilte, der Bund zähle 187,000 Mitglieder, von denen die eine Hälfte östlich, die andere westlich der Elbe wohnt. Es seien nur 1500 Grundbesitzer darunter, 28,500 mittlere Besitzer und 157,000 kleinere Grundbesitzer. Für die kommenden Wahlen sprach er sich dahin aus, daß der Bund der Landwirthe den Sammelpunkt für alle Schutzgüter bilden müsse. In diesem Sinne gebe der Bund für die nächsten Wahlen die Parole seiner Sammlung aus. Der zu wählende Reichstag werde entscheidend sein für die Durchführung des Programms des Bundes der Landwirthe. Der Bund der Landwirthe verlange den autonomen Zolltarif für die Landwirtschaft, einen Maximaltarif für unsere wirtschaftlichen Freunde. Der Bund der Landwirthe verwirft jede handelspolitische Bindung durch Verträge auf lange Jahre hinaus. Deutschland müsse freie Hand behalten, um auch die weiter noch etwa notwendigen Maßregeln in Bezug auf Schutzgüter gegenüber dem Ausland treffen zu können. Die schärfsten Gegner des Bundes der Landwirthe seien aus der Regierung geschieden. Aber man sei nicht sicher, ob bis zum Jahre 1904, wo die Handelsverträge ablaufen, sich nicht vielleicht von Neuem ein Wechsel in den Ansichten der maßgebenden Kreise vollziehe. Deshalb müßten möglichst viel Anhänger des Bundes in den Reichstag kommen.

Der Redner bringt dann eine Resolution ein, in der im Gegensaatz zu Kundgebungen, die zu einer Politik der Sammlung aufrufen, ohne bestimmte und klare Ziele erkennen zu lassen, die Politik der Sammlung des Bundes der Landwirthe empfohlen wird.

Diese Resolution wird angenommen, nachdem noch über Antisemitismus hin und her geredet worden war und die Herren Dr. Dertel und Schrepff längere Reden vom Stapel gelassen hatten.

Wohin die Junker steuern, darüber geht auch zwischen Nationalliberalen endlich ein Licht auf. Die „Magdeb. Jtz.“ wendet sich gegen die von den Bündern geforderte „eine Autonomie der Taxie“ und bemerkt dazu:

„Wenn Ende 1903 die deutschen Landbesitzer einfach abläufen, so könnten fast alle bisher noch bestehenden Grenzgebungen und Bindungen von Zolllinien in den europäischen Staaten in Frage gestellt und es für jedes Land ein Leichtes ist, sich ebenso wie Deutschland einen Vorkriegs- und einen Generalzolltarif anzuschaffen. Es ist als einziges Ergebnis ein neuer Zolltarif aller gegen alle in Europa zu erwarten, dessen vererbliche Folgen für die europäischen Generalzolltarife gar nicht abzusehen sind, selbst wenn, was doch sehr nahe liegt, die überseeischen Länder das europäische Gebiet nicht nachkommen sollten.“

Man kann hieran, mein das Blatt weiter, bemerken, welches dringende Interesse die weitesten bemerkenswerten Kreise in Deutschland haben, die agrarischen Pläne zu bekämpfen und für eine friedliche Handelsvertragspolitik einzutreten. Sehr richtig und sehr schön. Aber woher soll den Nationalliberalen die Kraft zu einem solchen Kampfe kommen. Sind sie doch froh, durch die Gnade der Agrarier noch ihr Leben fristen zu können!

„Das soll Sr. Herzogliche Gnaden sehr beunruhigen!“
Sie öffnen die Thür und verbeugte sich. Die Prinzen und Prinzessinnen traten nehm Köder ein. Auch stand ihnen regungslos gegenüber und bis tief auf die Lippen.

„Was ist das für ein Diner, mein Herzog, der absichtlich zuwidertritt einer ständlichen Bräutigam, und ich über mein Verhältnis zu Sr. Durchlaucht, über meine Ansprüche an Hoch-Eie der geschätzte, niedrige Krone entstanden? Gott sei mein Zeuge, ob ich je den Gedanken hegte, das Recht einer souveränen Herzogin zu verletzen, und doch hat Herr von Rosenmarin genügt, bei Sr. Durchlaucht vorzüglichen Bräutigam mit dieser Bezeichnung beizulegen, gemüßigt Ihre Erlaubten Schwägerinnen selbst der gemüßigten Herrn einräucherwollter Vöhrung zu entscheiden, die ich ihnen nie gewogen, denn sie sind Gemüßigten der Männer, welche nach Ihnen, Ihnen und auch dem Herrn dieses Landes die Ehren, deren Köder einst herköhen sollen. Fängt sie von Seiten hat nicht bemerkt, als vor dem Gänge, bei dem nicht Rang und Glanz dieser Köder Erb gibt, was eheliche Reich köder zu sein, um ihr Gemüßigen vorzüglichen wegen des Schwärmers beizulegen zu können, der die eheliche Kennung an ihren Namen künftighin. Ich jedoch erlaubte Gemüßigung als verlegte Frau, als Ihre Frau, Köder, als Ihre Schwägerin, als Schwägerin dieses Landes, das immer mit einem Gerücht schreiben soll: Ihr Schwägerin von...“

Sie sprach wie eine Königin zuüßiger den beiden königlichen Parteien. Ihr hochlobt Wort ist wie ein Schlüssel in die goldenen Thüren.

Prinz Smith sprach zu dem Herzog. „Bewahren Sie mich Herr und Bruder! Dieser Beschämung hat es schmerz, was ja frucht, weil wir verstanden konnten, wie jene hohe Frau der gute Engel meines Landes gewesen. Sie ist eine wunderschöne Herzogin!“

(Schluß folgt)

Der freisinnige „Aufmarsch“ nach rechts und links! In freisinnigen Kreisen herrscht große, unseres Erachtens sehr unberechtigte Siegeszuversicht Angesichts der kommenden Reichstagswahlen. In einer freisinnigen Versammlung in Berlin sprach neuerdings Reichstagsabgeordneter Ropsch in diesem Sinne, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß nicht nur der Kampf gegen die Conservativen, sondern auch der Kampf gegen die Socialdemokraten für die Freisinnigen gute Aussichten böte. Die nächsten Wahlen würden beweisen, daß der wahre Liberalismus noch Boden im Volke habe. Die freisinnig-demokratische Berliner „Volkzeitung“ bemerkt dazu treffend:

„Wer auf eine Reihe von Wahlkämpfen zurückschaut, der weiß, daß vor den Wahlen die Aussichten der Freisinnigen stets „vortuglich“ und „so gut wie noch nie“ gestanden haben. Leider sind schwere Enttäuschungen gerade dann am wenigsten ausgeblieben. Von Illusionen ist noch nie eine Partei groß geworden. Wir wollen hoffen, daß nicht auch diesmal wieder eine zerschmetternde Niederlage das Ende vom Liede ist. Nur fürchten wir, daß der Optimismus der Parteileitung, dem Herr Ropsch Ausdruck gegeben, denn doch zu groß ist. Der in sich zerplündernde Freisinn, der nach rechts und links gleichzeitig siegreich kämpfen will, ist ein Bild, das auch die vertrauenseligsten Propheten skeptisch machen muß. Was für Erfolge für die allgemeine politische Lage aus einer Belämpfung der Socialdemokratie erblühen sollen, ist uns unklar. Noch klarer ist es, was eine Kriegserklärung gegen die Socialdemokratie bedeuten soll, da es bekannt ist, daß ohne die Unterstützung der Socialdemokratie in der Stichwahl kaum ein einziges freisinniges Mandat zu gewinnen ist. Aber Allah weiß es besser!“

Das System Stephan-Fischer ist in der Postverwaltung etwas gelockert worden. Dafür soll es desto energischer im Reich des Herrn v. Riquel angewandt werden. In einem Erlasse des Finanzministers heißt es:

„Besonders haben schon seit längerer Zeit viele Bestrebungen zur Einführung und allgemeinen Ausbreitung von Vereinen geführt, die es sich zu Aufgabe machen, die dienstlichen Ständesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten, insbesondere Rang- und Berufsgenossenvereine, Berührung des Eintrags und dienstliche Erleichterungen zu erreichen, sei es durch Massenpetitionen, sei es durch Agitation in der Presse, wobei mehr oder weniger verständig zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verwaltung kein Verständnis für den Werth der Leistungen der Beamten und für ihre Bedürfnisse oder kein Interesse für die Bekämpfung der Lage einzelner Beamtenstellen habe. Da solchen Vereinen Gründungen der Gefahr zu Grunde liegt, daß durch ein derartiges Zusammenfließen einer Anzahl von Beamten und daher erfolgreicher Druck auf die Entschiedenheiten der Vorgesetzten auszuüben vermöge, so können sie nicht gebildet werden, wenn nicht die Disciplin gelockert werden soll.“

Von der Fürsorge der Centralstelle werden die Beamten durch diesen Erlass kaum völlig abgerufen werden.

Aus unseren asiatischen Colonien. Ueber die neuen Ursachen in Ostafrika liegen nähere Mittheilungen noch nicht vor. Der „Neispost“ beschränkt sich auf folgende kurze Meldung: Nachrichten des kaiserlichen Generalconsuls für Deutsch-Ostafrika zufolge ist der Premier-Minister von Ostafrika am 1. Februar d. J. in einem Kampfe gegen mauritanische Wajaguhä der Wajaguhä, der Unterführer Sahib am 17. Januar d. J. bei einem nächtlichen Ueberfall durch Wahöhe gefallen. — Die „Post“ bemerkt, daß Obern Viebert gegenwärtig auf einem Zuge gegen den ostafrikanischen Stamm der Wajaguhä begriffen ist, nähere Nachrichten darüber sind an ungewisser Stelle noch nicht einzufassen, sie werden erst Anfang März erwartet.

In Kamerun ist es dem Generalconsul von Solodorf Franzosenkommunikation von Camero gelang, in mehreren Bezirken den Zustand der Dames und Bulis niederzuschreiben, worin er durch das Erscheinen des „Kamerun“ vor sich unterliegt wurde. Die genannten Stämme haben durch Zerstückung von Festungen, räuberische Ueberfälle von Kamerun, Sprengung der Straßen u. das Verfallen von Küsten beunruhigt und der Handel lahm gelegt.

Ausland.

Griechenland. Die Kroatfrage steht noch auf dem alten Fuß. Rußland verlangt die Einsetzung des Prinzen Georg von Griechenland als Generalconsul. England und Frankreich sind damit einverstanden. Der Sultan kränkt sich jedoch. Dementsprechend besteht und Deutschland macht Krone, der „Generalconsul“ zu verlangen. Rußland hat erklärt, die anderen Mächte hätten andere Vorschläge machen und haben, ob dieselben durchzuführen seien. Bei solchen Vorschlägen verhalten aber bisher nicht. Der Name des früheren Generalconsuls für die Generalconsuln, des Schwagers Rumsa, wurde zwar dieser Tage wieder viel in der Presse genannt, aber von einem offiziellen Vorschlag dieser Candidatur durch eine der Mächte ist nichts bekannt geworden. Die Sache ist, wie es heißt, auf den letzten Punkt gerathen. In Athen gehalten hat man, wie gemeldet wird, die Candidatur des Prinzen Georg für durchgängig gelichtet. Der Prinz wird: seine Kandidatur durch Europa bis Ende April abzufragen und Anfang Juni von Rußland auf einem europäischen Kriegsschiff durch den Bosphorus fahren, um den Sultan durch Qualifikation abzufragen. Man wird er am Ende derselben Schritte nach Asien fahren, wo zugleich englische und japanische Schritte zu seiner Begünstigung und Unterstützung einzugehen sollen.

Vom Kroat Serbischgericht wurde der Jährlich Rollorits nach künftiger Beendigung freigesprochen. Derselbe war wegen eines während des griechisch-türkischen Krieges an den damaligen Minister Serbis geschickten Telegramm, welches schwere Beschuldigungen gegen den Generalconsul Sahib enthielt, vor das Serbischgericht gestellt worden. Die Beschuldigungen haben sich als nicht erwiesen.

Japan. Die Minister der kaiserlichen Marine, die schon seit Jahresfrist phantasie-

und mordend das Land durchziehen, sind, wie belgische Blätter melden, nach dem See Kivu und dem Flusse Kussisi, der den Kivu mit dem Tanganikase verbindet, vorgezogen; sie haben somit deutsches Interessengebiet berührt. Um Kussisflüsse haben die kongoanischen Truppen angegriffen; bei dem erbitterten Kampfe, der mit dem Rückzuge der Meuterer geschlossen haben soll, fiel Lieutenant Dubois aus Südtich. Wohin sich die Meuterer gewendet haben, ist noch nicht bekannt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag hielt heute eine sehr kurze Sitzung ab, die sich auch durch nur sehr kurze Reden auszeichnete. Trotzdem wurde eine reichhaltige Tagesordnung erledigt. Zunächst wurde der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in zweiter Lesung zu Ende gebracht. Aus den ganzen Debatten erwähnenswerth ist nur, daß Abg. Roesdke einen von unsern Genossen schon längst beschworbenen Antrag auf Erlass eines Surrogatverbots für die Bierbrauerei einbrachte. Dann wurde das Gesetz, betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit, auf Antrag des Abg. Bassermann nach den Commissionsbeschlüssen en bloc angenommen. Schließlich wurde die Dampfsubventionsvorlage, die diesmal in etwas veränderter Gestalt wieder eingebracht worden ist, in Angriff genommen. Nachdem der Staatssecretär von Bobbielski eine kurze Begründung gegeben hatte, hielt Herr Freese eine Rede zu Gunsten des Bremer Lloyd. Morgen ist Schwerinstag.

41. Sitzung, Dienstag, 15. Februar 1895. — 2. Sitzung.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etattheil „Zölle und Verbrauchssteuer“ und zwar beim Tit. Zuckersteuer.

Abg. Graf Stolberg (cons.) verlangt Aufhebung sämtlicher Zuckerpriämien und Beseitigung der Betriebssteuer.

Abg. Rösdke (wiltlib.) stimmt dem Vorredner im Allgemeinen zu. Einseitig die deutschen Zuckerpriämien aufzuheben, um Amerika zu veranlassen, die Zollzuschläge fallen zu lassen, ist verfehlt, da Deutschland doch mit Weltmarktpreisen rechnen mußte.

Abg. Dr. Baasche (natl.) erklärt, daß die vorgeschlagenen Ausführungen des Abg. Barth den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Der Titel wird hierauf bewilligt ebenso der Titel Salzsteuer. Beim Titel „Branntweinsteuer“ befürwortet

Abg. Bassermann (natl.) auf Grund einer Eingabe der Mannheimer Handelstammer Erhöhung des Zolltarifs. Die einheimische Zellulosefabrikation werde somit durch die Brantweinsteuer gegenüber dem importirten französischen Zellulose benachteiligt.

Director im Reichsschatzamt v. Köerner erklärt, daß der Bundesrath sich über die vom Vorredner angeregte Frage noch nicht schlüssig ist.

Abg. Gamp (Rp.) empfiehlt die Bonification der Brantweinsteuer bei der Zellulosefabrikation.

Nach weiterer unweitesicher Debatte wird der Titel bewilligt. Zum Titel Brausesteuer befürwortet

Abg. Rösdke (wiltlib.) den Erlass eines Surrogatverbots. Er bittet die Regierung um Vorlegung einer Statistik über die Verwendung von Surrogaten in den Brauereifabriken und weist sich besonders gegen die überhandnehmende Verwendung des Saccharins, der nur durch ein directes Verbot gesteuert werden könne.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso der Titel „Anerkennung des Stat. der Reichstempelgaben“ wird debattelos genehmigt. Beim Titel des „Rechnungshofes“ erklärt auf einen Antrag des Abg. Dr. Pleschel (natl.)

Reichsschatzsecretär Herr v. Thielmann, daß er wie im Vorgänger die Verantwortung für die justificirenden Cabinetakten übernehme.

Der Etat des Rechnungshofes wird genehmigt, ebenfalls debattelos der Etat des Reichsschatzamts.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Auf Antrag des Abg. Bassermann (natl.) wird das Gesetz in zweiter Beratung en bloc angenommen nach den Beschlüssen der Commission. — Debattelos werden die von der Commission beantragten Resolutionen betr. die einseitliche Regelung des Kassen- und Notariatswesens angenommen.

Er folgt die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetz betreffend Post- und Dampfschiffsverbindung mit überseeischen Ländern.

Staatssecretär v. Bobbielski: Deutschland ist im überseeischen Handelsverkehr jetzt von der 4. in die 2. Stelle unter den Nationen gerückt. Durch die neuen Erwerbungen in Ostasien, wird auch der Handelsverkehr nach diesen Gegenden größere Bedeutung gewinnen. Wir hoffen, daß das Haus die Vorlage wohlwollend aufnehmen wird im Interesse der Cultur, des Welt Handels und der guten Verbindung in Bezug auf welche ja Deutschland stets an der Spitze marschirt ist. (Beifall.)

Abg. Freese (fr. Epp.): Das von der Regierung in demselben werthe vorgebrachte thatsächliche Material beweise, daß der Verkehr mit den ostasiatischen Plätzen von großer Bedeutung ist. Nach der Bedeutung Russlands wäre die Verdoppelung der Fahrten der Dampfer eine Nothwendigkeit, doch sei eine solche ohne Subvention des Reichs nicht durchführbar, wie die Erfahrung ungen anderer Staaten gezeigt hätten. In dem Vertrag mit dem Lloyd seien die Interessen des Reichs ausreichend gewahrt, derselbe habe bis jetzt 5 Millionen gezahlt — durch die Möglichkeit eines prompten Verkehrs nach Ostasien werde man auch der von Rußland heraufbeschworenen Konkurrenz der sibirischen Eisenbahn begegnen können. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf ertönt die Stimme des Hauses.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.
Tagesordnung: 2. Lesung des Antrags Kuer u. Gen. betr. Schutz des Vereins- und Coalitionsrechts. Erste Lesung des Antrags Siebermann von Sonnenberg (Antif.) betreffend das Schiffsverkehrsgesetz.

Schluß 5/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 15. Februar.

Heute tagte im Abgeordnetenhaus und Herr von Kaas. Das Herrenhaus beschäftigte sich mit dem Antrag des Herzogs von Rathbor über Ragnanmen zur Verfassung nichtgesetzlicher Angelegenheiten. In die Materie selbst wurde nicht eingegangen, nachdem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein erklärt hatte, daß dem Landtage in nächster Session eine ausführliche Vorlage gemacht werden werde. Der Antrag des Herzogs von Rathbor wurde der Regierung als Material überwiesen.

Der Abgeordnetentag hat heute eine agrarische Session. Eine Anzahl schlesischer Centrumsabgeordneter hatte eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem sogenannten Arbeitsmangel in den schlesischen Provinzen befaßte. In der Interpellation geben die Herren ihrem agrarischen Gefühl nach der billigen Ausrüstung und ökonomischer Sohdändler Ausdruck. Die Abwesenheit des Ministers für Landwirtschaft veränderte jedoch, daß die Interpellation zur Beantwortung kam. Ein Regierungskommissar erklärte nur mit, daß die Regierung Berichte über den sogenannten Arbeitsmangel eingehend habe und daß diese noch nicht in voller Aufklärung seien. Sobald das jedoch der Fall sei, würde die Arbeitsmangelfrage zur Entschledung gelangen. Dazwischen wurde die

Entschlebung ab. Sobann beschäftigte sich das Haus noch mit dem Gesetzentwurf der die Erhöhung des Grundcapitals der preussischen Centralgenossenschaftskasse auf 30 Millionen Mk. fordernden Abgeordnete Mitglieder der Verwaltung der preussischen Centralgenossenschaftskasse schärfen und suchte den Nachweis zu führen, dass sie kein Geschäft, sondern ein Wohltätigkeitseinstitut seien. Herr v. Mikul rechtfertigte die geforderte Erhöhung des Grundcapitals mit der Nothwendigkeit, die Kasse auch dem Schutze des Handwerkerstandes dienlich zu machen. Hierzu reichte das jetzt vorhandene Grundcapital nicht aus. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Vorlage der Budgetcommission zur Vorbereitung überwiesen.

Prozess Jola.

Von der Montagssitzung tragen wir noch Folgendes nach: Der radikale Deputierte Guibaud gibt eine lange schwer hörbare Aussage ab. Er theilt mit, Bertillon habe ihm eines Tages gesagt, das Bordereau sei von Esterhazy, aber man könne den Prozess Dreyfus nicht revidieren, da dies eine sociale Revolution hervorzurufen würde. Guibaud theilte femer mit, der unlängst verstorbene Deputierte, General Jung, habe ihm gesagt, daß er den Prozess Dreyfus ungeheuerlich finde.

Yves Guyot erzählt, Bertillon, den er seit Langem kenne, habe ihm eines Tages sein Gutachten im Dreyfus-Prozess entwickelt. Yves Guyot schildert dieses Gutachten, das ganz toll klingt und woraus man insbesondere ersehen, daß Bertillon den Dreyfus als Verfasser des Bordereau bezeichnet, weil die Schrift des Dreyfus von der Schrift des Bordereau verschieden war. Yves Guyot sagt er habe die Ansicht aber die Affaire Dreyfus und Esterhazy, die von der gesamten Elite Frankreichs getheilt werde. (Wideripen u.) Zahlreiche Personen, die derselben Ansicht sind, können ihre Meinungen nicht sagen, weil eine harte Prellung ausgeübt wird. So hat man Erhebungen über die militärische Situation der Redacteure von Dreyfus-Partei angestellt. Guyot berichtet femer, zahlreiche Männer, die zu dem hohen politischen Personal gehören, seien überzeugt davon, daß der Prozess Esterhazy eine Futur-Parodie gewesen ist. Im Auslande, mit welchem Guyot zahlreiche Beziehungen unterhalte, sei das Erkennen nicht geringer, namentlich bei allen ausländischen Generalstäben, Regierungen und Diplomaten die Affaire Esterhazy genau kennen.

Der Schreib-Expert Teyssonnières macht eine lange und langweilige Aussage. Wichtig ist daraus nur, daß der Zeuge, der am Dreyfus unglücklichsten Gutachten abgegeben hat, behauptet, man habe Versuche gemacht, ihn zur Aenderung seines Gutachtens zu bringen, indem man auf Selbsterhaltung Anspielung machte. Die Advokaten fragen, ob der Zeuge unter Eid auszusagen könne, das man ihm Geld für die Aenderung seines Gutachtens in einem Dreyfus günstigen Sinne angeboten habe. Teyssonnières liefert weitläufige Erklärungen, kann aber die von den Advokaten gestellte Frage nicht mit einem bestimmten Ja beantworten, und sagt nur, man habe ihm langsam glauben zu machen versucht, daß er Verthörer in seinem Gutachten begangen habe. Da die Advokaten keine bestimmte Antwort aus dem Zeugen herausbringen können, sagt Labori: Alle Privatunterhaltungen, die irgendwelche von Niemanden ermächtigte Personen mit Teyssonnières gehabt haben, beweisen nichts. Wir werden bald die Verhältnisse der Unversität hören, die man doch nicht wird anklagen können, daß sie sich haben kaufen lassen. (Geheul.)

Charabay, der gleichfalls als Schreib-Expert im Dreyfus-Prozess gedient, verweigert jede Auskunft, erklärt aber auf Befragen Laboris, er werde niemals einen Angeklagten auf Grund eines Gutachtens von Schreib-Experten allein verurtheilen, wenn nicht auch moralische Thatfachen als Säulen der Anklage vorlägen.

Belletier, Schreib-Expert aus dem Dreyfus-Prozess, erklärt, zwischen dem Bordereau und der Handschrift des Dreyfus beständen zahlreiche Verschiedenheiten. Er hielt sich also durch nichts für berechtigt, das Bordereau Dreyfus zuzuschreiben.

Die Schreib-Experten des Esterhazy-Prozesses verweigern insgesammt ihre Aussage mit Rücksicht auf den Ausschluss der Oeffentlichkeit im Esterhazy-Prozess. Sie sagen nur, daß sie einstimmig erklärt hätten, das Bordereau sei nicht von Esterhazy geschrieben, daß man nicht das Bordereau beurtheilen könne, wenn man nicht das Original gesehen habe. Labori konstatiert, daß der Kriegsminister die Herausgabe des Bordereaus schwerlich nur deshalb verweigere, weil es den in der Presse publicirten Facsimiles gleiche. Wäre es diesen Facsimiles unähnlich, so würde man es längst vorgelegt haben, um die Vertuschung niederzuschmettern. — Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Ueber die Verhandlungen vom Dienstag wird zunächst Folgendes berichtet: Der Zubrang in der Nähe des Gerichtsgebüdes und im Innern desselben hat heute nachgelassen. Es ereignete sich kein Zwischenfall, doch war der Saal bei Eröffnung der Sitzung um 12^Uhr dicht gefüllt. Zunächst wird der Bericht des Zeugen bekannt gegeben, durch den die Anträge der Vertheidigung abgewiesen werden, wonach die Schriftverfälschungen über die von ihnen vor dem Esterhazy-Kriegsgericht ausgesprochenen Aussagen gemacht worden wären.

General Gonse giebt eine Erklärung gegen den Deputierten Guibaud ab, welcher ausgefragt hatte, der Generalstab hätte, da er kein Recht in der Sache wolle, dem Major eine „Herzkärkung“, d. h. das „berüchtigte Schriftstück“, zuzukommen lassen. General Gonse stellte dieser Aussage das entscheidende Dementi entgegen. Niemand sagte er, wünschte mehr als er, daß Licht, welches nicht geäußert werde, und dazu werde er für seinen Theil mit aller Kraft beitragen. Labori sagte hierauf: Da Sie dazu beitragen wollen, daß Licht geschaffen werde, so bitte ich Sie, möglichst dem Kriegsminister Folgendes zu beantragen: 1. daß er den General Mercier ermächtige, sich über das geheime Schriftstück auszusprechen, das, wie wir wissen, dem Kriegsgericht mitgeteilt worden ist, 2. daß Oberst Picquart vom Amtsgewinnig entbunden werde, 3. daß das ursprüngliche Bordereau hierher gebracht werde, 4. daß die Schriftstücke, die als Material für die Schriftbegutachtung Bertillons dienen, hierher gebracht werden, 5. daß Bertillon aufgefordert werde, Aussagen zu machen, 6. daß die Schriftverfälschungen im Esterhazy-Prozess gleichfalls aufgefordert werden, Aussagen zu machen. General Gonse antwortete hierauf, er sei nicht bereit, dieses Ersuchen an den Kriegsminister zu übermitteln. Labori verlegt sodann: Nun so spreche man uns auch nicht mehr von Licht schaffen. — Es wird nunmehr zur Vernehmung des Schriftbegutachters Crepeux Jamin übergegangen. Jamin protestirt mit äußerster Betonung gegen die getriggen Aeusserungen des Zeugen Teyssonnières, der ihm behauptete, er hätte ihn Armand der Familie Dreyfus zu hängen gesehen. Das ist nicht allein eine Verleumdung, sagte Crepeux, das ist eine Verleumdung. Er berichtet, Teyssonnières habe ihm Folgendes gesagt: Es ist nicht Bertillon gewesen, der die Verurtheilung Dreyfus herbeigeführt hat, Bertillon ist verurteilt (Gelächter); ich habe Licht in die Sache gebracht und auf meinen Bericht ist er verurtheilt worden, nur auf meinen Bericht. Sodann wußte Teyssonnières vor, er habe seine Correspondenzen der „Rede Parole“ ausgehändigt in der Hoffnung, daß man darin die vier Zeilen finden werde, die nach dem Worte „Bardemont“ genügt, um einen Menschen hängen zu lassen. Man habe aber diese vier Zeilen nicht gefunden. Der Teyssonnières sei die Sache zu Kopf gestiegen, und so sei er dazu gekommen, die unrichtige Erzählung über ihre Unterhaltung zu geben, offenbar in der Hoffnung, ihn, Crepeux, blödsinnig zu machen. Er sei unzufrieden gewesen, daß er, Crepeux, seine Meinung über die Schuld Dreyfus nicht theilte und hier liegt zweifellos das Geheimnis seiner Haltung ihm gegenüber. Labori fragt: Ist der Zeuge Jamin, wie man gesagt hat? Antwort: Ja, der Vater hat eine alte französische Familie, Jaharist von Paris. Ich habe den ersten Bericht über das Bordereau verfaßt und war

als Dilettant, weil man mich darum ersucht hat. Ich bin kein Graphologe, sondern ein einfacher Privatmann, der, wie jeder, seine Meinung über die Identität der Handschrift des Bordereau und jener Esterhazy hatte. Zeuge versichert, man habe das Licht nicht bekommen können und schließt mit der Bemerkung, da die Thatfachen ein jähes Leben haben, werde man eines Tages noch sehen, daß das, was er vorbringe, richtig sei. — Hierauf wird Professor Paul Meyer vom Collège de France, der Director der Ecole des Chartes vernommen. Labori fragt: Ist der Zeuge Jamin? Meyer: Ja, bin in Paris von Pariser Eltern geboren, meine Mutter war Pariserin, mein Vater von Cognac, mein Großvater war aus Straßburg, was meinen elässischen Namen erklärt, ich habe zum ersten Mal in St. Sculptur communicirt und habe bis zu meinem 16. Jahre eifrig am Lateinunterricht theilgenommen. (Heiterkeit.) Ich bin aber Katholik; was auch Drumont in seinem Buch „La France juive“ gesagt haben mag: Ich erkläre ausdrücklich, daß ich durchaus nicht die Absicht habe, meinen Glauben abzuschwächen und die Religion zu verhehlen. (Bewegung.) Ich prägte die Facsimiles des Bordereaus, welche so genau wie nur irgend möglich sind, eingepend. Zeuge giebt also, dann eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Veränderung des Lichtes, welche das Abziehen auf einer Fotationsmaschine mit sich bringen kann. Ein Zeuge hat ausgesagt, dies erinnere sehr an eine Fälschung. Es war General Pelloux, der eine beratende Aeusserung gethan hat. Ich erkläre, daß nichts daran ist. Ich finde auf alle Fälle dieses Urtheil sehr übertrieben. Ich möchte, daß der Zeuge, der dies erklärt hat, hier ausbeimensekte, wie man im Jahre 1896, als man noch nicht von Esterhazy sprach und Niemand noch auf ihn einen Verdacht warf, daran hätte denken können, eine Fälschung an dem Licht des Bordereaus vorzunehmen und zu welchem Zwecke? Die Antwort darauf scheint mir nicht so leicht zu sein. Wenn der Zeuge mich in die Lage setzt, das Original oder zum allerwenigsten eine Photographie des Originals mit dem im Jahre 1896 im „Matin“ veröffentlichten Facsimile zu vergleichen, und wenn ich dann erkenne, daß ich mich getäuscht habe, so verpne ich, dieses ganz loyal zu erklären. Ich bin in der That nicht mit einem fertigen Urtheil hierher gekommen. Ich fordere, daß man mir Aufklärung gebe in dieser so traurigen Angelegenheit. Ich war tief betrübt, als ich las, daß man in dieser so ernsten Sache Bertillon mit der Expedition betraut hatte, dessen Verfahren jeder Methode, jeden dernünftigen Sinnes entbehrt. (Aachen.) Hinsichtlich der Schrift Esterhazy erklärt Zeuge, daß dieselbe durchaus derjenigen im Bordereau gleiche. Labori will hierauf an die Schriftverfälschungen Laboris, Hufschorn und Marinard Fragen stellen und bittet den Präsidenten, dieselben wieder auszurufen. Der Präsident verhält sich jedoch durchaus ablehnend.

Zu weiteren Verlauf der Diensttagssitzung bringt Clemencau den Antrag ein, das Gericht möge beschließen, einen Richter zu Frau Dolanch zu senden, der die Genannte darüber befragen solle, ob in den ihm in ihrem Besitz befindlichen Briefen nicht folgende Stellen vorfänden: 1. General Staffier ist ein Clown bei uns, die Deutschen würden ihn nicht in den Circus stellen. 2. Wenn die Preußen bis Lyon kämen, so könnten sie ihre Gemeine fortwerfen und brauchen nur die Ladungsdieses halbes, um die Franzosen vor sich her zu treiben. Die Sitzung wird darauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beginnt der Schriftverfälschende Franck seine Demonstration. Er befestigt auf der schwarzen Tafel ein Facimile des Bordereaus und der Schrift Esterhazy's und ergreift sich in langen Auseinandersetzungen über dieselben, an deren Schlusse er sagt: „Ich erkläre auf mein Gewissen, daß eine einzige Person das Document geschrieben hat, daß Esterhazy allein in der Welt es hat geschrieben können (Bewegung und Unterbrechungen). Ich finde, daß der, welcher das Bordereau geschrieben hat, einen germanischen Geist hat“ und schließt mit der Prophezeiung, „einen oder den anderen Tag werde man zu der Erkenntnis gelangen, daß das Bordereau nicht von dem geschriebenen worden ist, den man verurtheilt hat.“ (Lärm.) Hierauf wird Grimand, Mitglied des Instituts de France und Professor an der polytechnischen Schule vernommen. Grimand erklärt, er habe den an die Deputiertenkammer gerichteten Protest mitunterzeichnet, weil er gefühlt habe, daß es sich um die Achtung des Gesetzes und um die Ehre des Vaterlandes handle. Er habe in beiden Affären so seltsame Dinge entdeckt, daß er sich in seinem Gewissen beunruhigt gefühlt habe; alles in dem Verfahren des Sachverständigen und der sieben Mitglieder des Kriegsgerichts, die sich mit erziehen getäuscht hätten, sei ihm seltsam erschienen. Labori fragt: „Sie sprechen von Einschüchterungen?“ Grimand: „Als ich den Protest unterzeichnet hatte, ließ der Kriegsminister mich fragen, ob ich wirklich den Protest unterzeichnet habe. Ich habe dann erfahren, daß der Kriegsminister am folgenden Tage dem Ministerrath ein Decret unterbreitet hat, in welchem trotz meiner vierunddreißigjährigen Dienzeit meine Amtseinstellung ausgesprochen wurde. Wie man mir mitgetheilt hat, hat sich der Ministerrath aber dahin ausgesprochen, daß der achtungsvoller Protest nur mein Recht, wie das eines jeden Bürgers ist.“ Habet, Mitglied des Instituts de France und Professor an der Ecole de France, erklärt, er habe, wie so viele andere, eine Untersuchung über das Bordereau und über Briefe Dreyfus und Esterhazy's angefaßt. Zeuge führt einen Brief Dreyfus an, in welchem der Satz vorkommt: „Ich habe denen, die mich haben verurtheilt lassen, eine Pflicht vermahnt, der sie sich, ich bin dessen sicher, nicht entziehen werden, und erbittet sich, vor den Geschworenen den Beweis zu führen, daß die Buchstaben in diesen Worten nicht den Buchstaben in dem Bordereau gleichen. Zeuge kommt zu dem Schlusse, daß es fast unmöglich ist, daß das Bordereau nicht von Esterhazy herrühre. Nach der Berechnung Haber's wird die Sitzung geschlossen.

Aus aller Welt.

Einem tragikomischen Verlauf haben die diesmaligen Stadiverordnetenwahlen in Neussittin genommen. Im Herbst vorigen Jahres kam es in der dritten Abtheilung zur Stichwahl. Ackerbürger Dumke und Kalermeister Heller fanden sich gegenübe. Ersterer siegte mit 7 Stimmen Majorität und dieser Sieg wurde sofort durch Freibier gefeiert. Die Wahl wurde angefochten und wegen Teilnahme Nichtwahlberechtigter kassirt. Bei der dann folgenden Stichwahl in diesem Monat siegte Heller mit 218 gegen 215 Stimmen. Auch diese Wahl, die die Anhänger des Siegers durch Bierlage mit Musik feierten, wurde angefochten und für ungültig erklärt. Nun steht den Wählern ein drittes „Wahlrecht“ bevor.
Dortmund, 14. Februar. Vier Gefangene überwalligten im hiesigen Gefängnis einen Kasserer und brachen aus.
Ersätze wurden am Montag in Cuis und Ronia baur versetzt; der erste Erdstoß wurde auch in Rhens wahrgenommen.
Aus Eifersucht. Im Stadttheater zu Jurens hat der Regisseur Wallfisch dem Schauspieler Franow während der Vorstellung hinter den Coulissen den Dolch in die Brust gestoßen. Die Verletzung ist tödtlich, das Motiv angeblich Eifersucht.
Aus Wesschan wird berichtet: In Dubno, Gouvernment Polhynien, wurde eine aus acht Personen bestehende Fallschirmabtheilung, welche Hundetrübelschneide und goldene Juwelenfabricirte, von der Polizei entdeckt und nach dreitägiger Gegenwehr verhaftet. Eine große Anzahl Fallschirme wurde in der Streubekwerfereihalt vorgefunden. Man glaubt, daß viele bereits ins Ausland gelangt seien.
In Folge eines Kollisionsschiffes in der Dampf-Klasse „Rebada“, von Juncan City (Klaska) nach Seattle (Washington) unterwegs, nahe der Mündung von Klaska innerhalb 20 Minuten gesunken. Die Besatzung und die Reisenden, deren Zahl nicht bekannt ist, dürften ums Leben gekommen sein.

Lokales.

Breslau, den 15. Februar 1898.

Eine öffentliche Versammlung

wird Sonntag, den 20. Februar, Nachmittags 4¹/₂ Uhr, im Locale des Herrn Kottowski, Lohestraße 75, stattfinden. Einer im Socialdemokratischen Verein gegebenen Anregung folgend, wird Genosse Julius Bruns über das actuelle und hochinteressante Thema „Der Dreyfusscandal und seine Bedeutung für das französische Volk“ referieren. Um auch den Genossinnen Gelegenheit zur Theilnahme an dieser Erörterung zu geben, hat der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins von der Einberufung der Versammlung abgesehen und ist dafür von anderer Seite eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer arrangirt worden. Der Einberufer darf gewiß auf einen überaus starken Besuch dieser Versammlung rechnen.

Die Neuwahlen zum Stadtverordneten-collegium finden bekanntlich im Herbst d. J. statt. Es sind diesmal in der dritten Abtheilung, die uns allein interessirt, 12 Ergänzungswahlen und 2 Ersatzwahlen vorzunehmen, erstere, wie bekannt, auf sechs Jahre und letztere beide auf zwei Jahre. Gewählt wird: Im 19. Bezirk (westliche innere Stadt) und zwar eine Ergänzungswahl und eine Ersatzwahl. Bisherige Vertreter: Instrumentenmacher Schmidt und Bürstenfabrikant Liebisch. 22. Bezirk (nördliche innere Stadt) zwei Ergänzungswahlen. Bisherige Vertreter: Fleischermeister Sohn und Bäckermeister Prussig. 24. Bezirk (Nicolaivorkstadt) eine Ergänzungswahl, bisheriger Vertreter: Partikulier Kunde. 25. Bezirk (Gräbischer Vorstadt) zwei Ergänzungswahlen. Bisherige Vertreter: Fabrikdirector Blauel und Fabrikant Trelenberg. 26. Bezirk (Schweidnitzer Vorstadt) eine Ergänzungswahl. Bisheriger Vertreter prakt. Arzt Dr. Körner. 27. Bezirk (Schweidnitzer Vorstadt) eine Ergänzungswahl. Bisheriger Vertreter: Juwelier Matzfeldt. 28. Bezirk (Schweidnitzer Vorstadt südlich) zwei Ergänzungswahlen. Bisherige Vertreter: Fabrikant Mayer und Partikulier Seibel. 32. Bezirk (Schweidnitzer Vorstadt) eine Ergänzungswahl. Bisheriger Vertreter: Kaufmann Niemann. 33. Bezirk (Sandvorstadt) eine Ergänzungswahl. Bisheriger Vertreter: Tischlermeister Bühl. 34. Bezirk (Nervorstadt) eine Ersatzwahl. Bisheriger Vertreter: Seifenfabrikant Rosenbaum.

In den Bezirken 25, 27, 33 und 34, die bei den nächsten Wahlen theilhaftig sind, hatte die socialdemokratische Partei auch bei den letzten Wahlen eigene Candidaten aufgestellt.

Schulnachricht. Mit Beginn des neuen Schuljahres (Freitag, den 1. April in den Volksschulen, Donnerstag, den 14. April in den mittleren und höheren Schulen) werden alle Kinder schulpflichtig, welche zu dieser Zeit bereits sechs Jahre alt sind oder bis zum 30. September das letzte Lebensjahr vollenden. Bedingung für die Aufnahme ist aber, daß der körperliche oder geistige Zustand des Kindes nicht zu ernstlichen Bedenken gegen eine Beschäftigung des Kindes in der Schule Anlaß giebt. Im weiteren ist zu beachten, daß eheliche Kinder nur dann in einer anderen, als der väterlichen Concession erzogen werden dürfen, wenn der Vater hierüber eine schriftliche Willenserklärung abgiebt. Die Anmeldung der in die Volksschulen aufzunehmenden Kinder muß alsbald, jedenfalls noch vor Ablauf des Monats März erfolgen. Bei derselben ist vorzulegen: a) die Geburtsurkunde oder (bei Kindern christlicher Eltern) der Taufschein (der übrigens für die Concession des Kindes nicht bestimmend ist) und b) der Zmpfchein. Es hat bei derjenigen Concessionsschild, welche der Wohnung der Eltern oder der Pfleger am nächsten liegt, außerhalb der Schulzeit, aber innerhalb der von dem betreffenden Schullehrer durch Aushang im Schulhause bestimmten Amtsstunden stattzufinden.

Verbrüht. Ein etwa ein Jahr altes Knäblein wurde mit lothendem Kaffee schwer an den Armen, an der Brust, am Halse und im Gesicht verbrüht.

Falsches Geld ist in den letzten Tagen mehrfach bemerkt worden. Mit Befehl belegt wurden mehrere Simmacastücke, ein Zweimalstück und ein Fädel-Zwanzigpfennigstück.

Gesunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein goldener Drastring, eine silberne Damenuhr, eine Kriegsgedenkmünze und eine Generalmedaille, ein werthvoller Ruff, drei Paar weiße Glacéhandschuhe und ein Bund Schlüssel.

Sewerbegericht. Sitzung vom 14. Januar. Dr. Freigen und Lohnabzug. Die Blumenhändlerin Fraulein Gut. ist klagt wider das bei ihr beschäftigt gewesene Fraulein Bur, si auf Innehaltung der 14tägigen Abrechnungsrückgabe sowie Herausgabe des Weihnachtsgeschenkens. Beklagte hat Anfang Januar die Stelle verlassen, weil ihr bei der Auszahlung des Wochenlohnes in Höhe von 4 Mk. 30 Pf. abgezogen wurden. Klägerin erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß dieser Abzug den Wachs gemacht wird, wenn dieselben ihr einen Schaden zugefügt haben. Fraulein Burghardt habe Ende October vorigen Jahres eine theuere Wase zerbrochen, wofür sie, Klägerin, ihr eine Dreieige verabsolgt habe. Im Januar d. J. habe Fraulein Burghardt einen Kleiderständer umgeworfen, wofür ihr die 30 Pf. abgezogen worden sind. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob durch das Umfallen des Kleiderständers ein Schaden angerichtet worden ist, erklärt Klägerin, daß das nicht der Fall gewesen, es hätte aber sehr leicht vorzunehmen können. Bezüglich der Rückgabe des Weihnachtsgeschenkens erklärte sowohl Beklagte als auch der Vater derselben, daß sie nicht gewillt sind, dem Antrage stattzugeben. Das Weihnachtsgeschenk das nach den eigenen Angaben der Klägerin etwa Werth von sechs Mark hatte — sei als ein Aequivalent für die geleisteten Liebesstunden zu betrachten. Klägerin würde die Sache nur zurück erhalten, wenn dieselbe dafür eine entsprechende andere Vergütung zu zahlen bereit ist. Nach der Aussage des Herrn Burghardt ist es vorgekommen, daß seine Tochter bis Nachs 2 Uhr im Geschäft der Klägerin thätig gewesen sei, ohne außer dem üblichen Wochenlohn eine Ertrabergütung zu erhalten. Unter diesen Umständen stellte die Vorsitzende Fraulein Gutmann anheim, die Klage zurückzugeben, was diese aber nicht that. Klägerin wurde darauf mit ihrem Aussprechen abgewiesen. In der Urtheilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß Beklagte zur selbständigen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses berechtigt gewesen sei und nicht nöthig hatte, sich durch die Zahlung von 30 Pf. gefallen zu lassen. Die Beklagte gab die Rückgabe auf Herausgabe des Weihnachtsgeschenkens (sowohl die Berechtigung der Klägerin) nicht an, inwieweit von der Aufhebung ihrer Klage abzugehen zu haben, denn sie wohnte der Urtheilsbegründung nicht mehr bei.

Sachen.

Pfetz, 15. Februar. Das Urtheil in dem Prozess gegen die Helfer der Mörder des Bankiers Cohn in Pfetz ist gestern Abend in später Stunde verurtheilt worden. Es lautet gegen Josef Dulgal auf 5 Jahre, dessen Weib auf 2¹/₂ Jahre, Franz Dulgal auf 1¹/₂ Jahre und Thomas Dulgal auf 8 Jahre Zuchthaus, gegen Martin Dulgal auf drei Monate Gefängnis. Die übrigen vier Angeklagten wurden freigesprochen.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 16. Februar. Bei den gestern vollzogenen Wahlen...

Ständesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. I. Cigarrenfabrikant Adolf Reil, kathol., Nicolaistraße 22...

Stadttheater.

Mittwoch: „Das Stischen der Cremiten“.

Lobtheater.

Donnerstag: „Im weichen Hügel“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Mittwoch, 16. Februar: Gruppe G, 1. Vorstellung: „Die Hausbesitzer“.

Brauerei Gebr. Roesler.

Das beste und unverwundbarste Bier.

Gastspiel des echten unvorwundbaren Fakirs.

Achmed Aratas.

Diebe.

Neueste künstl. Zähne 2 Mk. Naturgetreu und Garantie. Reparatur sofort.

Walth. Krause, Schweißmeister.

Schweißmeisterstraße 2 (v. Ring rechts 2. Hand). Urbahn 3066. Beh. 8-9 V.

Enamelierte Blech-Geschirre.

in guter Qualität - keine Anmachenswaren. Gerade Töpfe 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2 1/2 Ltr.

Herz & Ehrlich.

Preislislen gratis und franco.

Städtischer Arbeitsnachweis.

In unserem Bureau - Dreierstraße 35 - werden Stellen für männliche und weibliche Personen aller Berufsstände...

Der Ausschuss des k. k. Arbeitsnachweises.

Breslau, den 12. December 1897.

Zurückgebliebene.

waren von der Inventur in der...

spottbillig.

an folgenden Tagen verkauft am Mittwoch am Donnerstag am Freitag am Sonnabend.

Goldene 74.

Diplomstraße 74, I. Etage.

Haushalter Gustav Babas, ev., S. - Schneidmeister Ernst Kleiner, ev., S. - Haushalter Franz Heimann, ev., S. - Arb. Friedrich Jähn, ev., S. - Bohrer Oscar Reichel, ev., S. - Arbeiter Paul Schmidt, ev., S. - Maler Richard Knauer, ev., S. - Zimmermann Paul Winter, kath., S. - Maler Georg Wutke, ev., S. - Arbeiter August Springer, kath., S. - Schlosser Adolf Jachmann, ev., S. - Haushalter Johann Karasch, kath., S. - Maler Julius Anklam, ev., S. - Schlosser Joh. Namyslo, ev., S. - III. Tischler Heinrich Birnbach, kath., S. - Arbeiter Ernst Springer, ev., S. - Zimmermann August Hartig, ev., S. - Todesfälle. II. Tischlerlehrling Alfred Drabe, 16 J. - Näherin Henriette Schmidt, 66 J. - III. Brauerfrau Amanda Brier, geb. Bräuer, 43 J. - Arthur, S. des Maurers Reinhold Arnold, 5 M. - Arthur, S. des Schlossers Hermann Lachmann, 19 J. - Margarethe, S. des Drechslers Wilhelm Kopke, 13 Tage. - Droschkenbesitzer Heinrich Ritsche, 48 J. - Georg, S. des Bäckers Paul Zugelke, 2 Jahre.

Wollmarkt.

Wollmarkt. Ihren Vorrat über unsere „Unterschlagung“ der Wolle, wonach der Fabrikbesitzer Dierig in Langenbielau 20000 Mark zu wollehaltigen Zwecken spendet...

2. Klasse 198. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 2nd class of the 198th Prussian Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

es könnten handeln ebenso, daß aber unter Blatt eine Veranlassung hätte, um Herrn Dierig ein Loblied zu singen, das wir nicht zu singen...

Für den Wahlloos gingen ein: Nichtschlafende Sattlerwerkstatt.

1. Rate, 10 Mk., Rothe Commune, 9. und 10. Rate, je 1 Mark.

Geschäfts-Eröffnung.

Die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ zu Nordenham hat hierseits, Schmiebebrücke 48, eine Filiale eröffnet...

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee.

Nordenham.

Actien-Capital 3,000,000. 25 eigene Fischdampfer.

Tagesverbrauch ca. 1000 Centner Fische.

Nachdem wir am hiesigen Tage Schmiebebrücke 48, nahe der Mole, eine Verkaufsstelle eingerichtet haben, empfehlen wir von täglich frischer Zufuhr...

Seefische.

frisch, maceriert und geräucher. Beste und billiges Konservierungsmittel, giebt vollkommenen Schutz für Fleisch und ist überaus wohlschmeckend.

Filialen in fast allen größeren Städten. Lieferant für einen großen Theil des deutschen Heeres.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee.

Beretreter für Breslau: Bernhard Burmeister.

Verantwortlich für die Redaktion: Julius Schreyer; für den Druck: Ernst Jahnke; - Redaktion und Geschäftsstelle: Nordsee, Schmiebebrücke 48, Nordenham.